

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 34 - Entlassung des Ministers für Finanzen und Energie -

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Monika Heinold:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 039.02 / 20.02.2002**

## **Finanzminister Möller hat das vollste Vertrauen der grünen Landtagsfraktion**

Bei der Einführung des Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems in der Landesverwaltung sind Fehler gemacht worden.

- Es gibt keinen Vergabevermerk. Die Kabinettsvorlage, die den Vorgang nach Aussage des Finanzministers teilweise dokumentiert, ist kein ausreichender Vergabevermerk und damit aus Sicht des vom Ministerium eingeholten Gutachtens formell rechtsfehlerhaft. So ein Fehler darf gerade im Finanzministerium nicht passieren.
- Die personelle Besetzung der Projektgruppe, die für die Einführung des neuen Systems verantwortlich war, war weder qualitativ noch quantitativ ausreichend besetzt. Damit hängt wohl auch die unzureichende Dokumentation des gesamten Vorgangs zusammen. Hier muss die Regierung zukünftig vom Parlament mehr Mittel einfordern, um Verwaltungsmodernisierung auch durchführen zu können
- Der Finanzausschuss hatte eine bedingte Vergabe beschlossen. Da diese – wie sich später herausgestellt hat – rechtlich nicht möglich war, hat das Finanzministerium eine andere eine andere „Reißlinie“ in den Vertrag eingezogen (besondere Kündigungsmöglichkeit nach Paragraph 8). Damit ist aus meiner Sicht dem Anliegen des Ausschusses Rechnung getragen worden. Allerdings wäre es besser gewesen, wenn der Minister dem Ausschuss vor Abschluss des Vertrages darüber noch einmal informiert hätte.

Soweit zu der berechtigten Kritik.

Der Finanzminister hat für gemachte Fehler in seinem Ministerium die politische Verantwortung übernommen und zugesagt, dass nun ein Vergabeleitfaden erarbeitet wird, damit das komplizierte Vergaberecht von allen Beteiligten in der Verwaltung korrekt und kontrollierbar angewandt werden kann. Dies begrüßen wir außerordentlich.

Völlig unabhängig von berechtigter Kritik sehen wir den heutigen Antrag der CDU, die Ministerpräsidentin möge den Finanzminister entlassen. Dazu gibt es keinen Grund.

- Der Finanzausschuss hat bisher erheblich zur Aufklärung beitragen können. Offene Fragen konnten weitestgehend geklärt werden.
- Es ist deutlich geworden, dass der Vertrag rechtskräftig ist und dass im Sinne des Finanzausschusses eine zusätzliche Reißlinie eingezogen wurde, nämlich die besondere Kündigungsmöglichkeit nach Paragraph 8.
- Im Ausschuss haben wir noch einmal festgestellt, dass die Entscheidung in der Sache für SAP richtig war und dass sich der Finanzausschuss nichts vorzuwerfen hat, denn wir haben ausführlich beraten und nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Wir wussten, dass es ein Restrisiko gibt, mussten aber darauf vertrauen, dass debis/SAP ein hohes Eigeninteresse daran haben würden, den Vertrag auch ordnungsgemäß zu erfüllen um damit für sich zu werden.
- Der Landesrechnungshof war damals nicht nur informiert, sondern in enger Abstimmung mit dem Ministerium und mit dem Finanzausschuss in den Entscheidungsprozeß eingebunden. Wenn der Rechnungshof 3,5 Jahre braucht, um dem Parlament mitzuteilen, dass ein Vertrag von Seiten der Regierung anders als vereinbart abgeschlossen worden ist, müssen wir uns allerdings darüber unterhalten, wie der Rechnungshof seine Aufgabe einer zukunftsorientierten Finanzkontrolle besser ausüben kann.

Der Rechnungshof soll zwar auch Öffentlichkeitsarbeit machen – er kann die Öffentlichkeit über abgeschlossene Prüfungstätigkeiten informieren (Landesrechnungshofgesetz) – aber der Präsident des Rechnungshofes ist nicht der medienwirksame Gegenspieler des Finanzministers – diese Rolle muss schon die Opposition ausfüllen.

- Korruptionsvorwürfe werden von der Staatsanwaltschaft geprüft.

Deshalb kommen wir zu folgendem Ergebnis: Wir haben uns von Minister Möller zu jeder Zeit ausgesprochen gut informiert gefühlt. Die gemachten Fehler sind kein Rücktrittsgrund, sondern sie sind ein Grund dafür, dass das Ministerium in Zukunft mit Sicherheit noch mehr dafür tun wird, um Fehler zu vermeiden.

Der Finanzminister hat das vollste Vertrauen der grünen Landtagsfraktion und wir freuen uns auf die anstehende Haushaltsberatung.

\*\*\*

